

Antisemitismus | 09.11.2023 | Nr. 375/23

Martin Balasus: „Antisemitismus – wir müssen handeln. Jetzt!“

Anlässlich des 85. Jahrestags der Reichspogromnacht erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecher Martin Balasus:

„Jeder und jede, die in Deutschland eine weiterführende Schule besucht, muss vom Grauen der Judenverfolgung in Deutschlands dunkelster Zeit wissen. Jeder muss von den schrecklichen Ereignissen der Reichspogromnacht erfahren haben, die sich heute am 9. November zum 85. mal jährt. Schließlich war dieses Novemberpogrom von 1938 die ultimative Demonstration des Judenhasses in Deutschland und wies den Weg in die Shoa mit der systematischen Ermordung von Millionen Jüdinnen und Juden in Europa.

Es steht in unserer Verantwortung, dass sich dieser Antisemitismus nie wiederholt. Es steht in unserer Verantwortung, dass Jüdinnen und Juden sicher in unserem Land leben können. Unerträglich sind die Bilder von offenem Antisemitismus und Judenhass in nie gekanntem Ausmaß, den wir auf den Straßen deutscher Städte in den letzten Wochen sehen müssen. Nach dem Massaker der Hamas-Terroristen mit der Ermordung und Entführung von über 1400 Menschen in Israel versuchen Islamisten die Freiheiten unserer Demokratie für Antisemitismus, Israel-Hass und religiösen Wahn auszunutzen. Hier darf es nicht bei bloßen Lippenbekenntnissen für Israel und für die Jüdinnen und Juden in unserem Land bleiben.

Jetzt kommt es auf ein entschlossenes, unmissverständliches und starkes Handeln von Staat und Gesellschaft an. Nicht nur die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus, sondern auch aktuelle und ganz konkrete israelfeindlichen Äußerungen und immer offener zu tage tretender Antisemitismus fordern: Wir müssen handeln – und zwar jetzt! „Nie wieder“ dürfen Jüdinnen und Juden in Deutschland um ihr Leben fürchten. Dies erfordert ein entschlossenes Handeln aller Bürgerinnen und Bürger. Es darf nicht weggesehen oder geschwiegen werden, wenn Jüdinnen und Juden beleidigt, beschimpft oder bedroht werden.

Einen besonderen Stellenwert im Kampf gegen Antisemitismus nehmen Aufklärung und Bildung ein. Unsere Schulen und Bildungseinrichtungen müssen sich intensiv mit dem Gift des Antisemitismus und Rassismus auseinandersetzen und unmissverständlich unseren demokratischen, auf Toleranz fußenden Wertekanon lehren. Dazu brauchen wir mehr Sensibilität, sowohl im Unterricht als auch auf dem Pausenhof. Bei antisemitischen Vorfällen und Äußerungen muss gelten: Hinsehen, eingreifen und dies im Unterricht eindeutig thematisieren.

Wissen ist der Feind der Vorurteile. Also muss jede Schülerin und jeder Schüler die Verbrechen gegenüber den Jüdinnen und Juden sowie die besondere Verantwortung Deutschlands kennen und verstehen. Für den Unterricht bedeutet das: Er darf sich nicht nur auf das Erwerben von Faktenwissen beschränken, sondern muss auch eine wertegeleitete Urteilsbildung enthalten.

Aber der Blick sollte sich nicht nur auf der Vergangenheit beschränken, sondern auch die Gegenwart und damit heutiges jüdisches Leben aufgreifen – z.B. durch einen Besuch jüdischer Einrichtungen, dem Austausch mit Jüdinnen und Juden oder mit Verbänden.

Jedem und jeder muss klar sein: Antisemitismus und Israel-Hass kann in unserem Land keinen Platz haben", so Balasus.

Gemeinsam mit Bildungsministerin Karin Prien haben Martin Balasus und die Mitglieder des Fraktionsarbeitskreises Bildung heute in Rendsburg Stolpersteine geputzt und das jüdische Museum mit der Ausstellung „400 Jahre Gegenwart! Jüdisches Leben in Schleswig-Holstein“ besucht.